



Rede

Die Zukunft der Industrie in Europa

„Internationaler Club“ der ÖGAVN
13. Februar 2013
Wien

Dr. Markus Kerber
Hauptgeschäftsführer Bundesverband der Deutschen Industrie

Redezeit: ca. 30 – 40 Min.

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1432
F: 030 2028-2432

Internet
www.bdi.eu

Sehr geehrter
Herr Bundeskanzler a. D. Schüssel,
sehr geehrter Herr Pfeifer,
sehr verehrte Damen und Herren!

- Ich fühle mich geehrt und ich freue mich, heute hier in Wien zu sein. Ich fühle mich geehrt hier bei Ihnen in der Wiener Hofburg einige Ausführungen zum Zusammenhang von Industrie und Europa machen zu dürfen. Und ich freue mich als jemand, der in Ulm geboren und aufgewachsen ist, in einer so großartigen Donaustadt wie Wien sein zu dürfen. Wir Donauanrainer wissen, dass dieser europäische Fluss, die Donau, stets eine wichtige kulturelle Verbindung vieler europäischer Völker und Kulturen war. (Wie eben auch eine Grenze, ein Limes. Aber davon später mehr.)
- Ich spreche heute als Vertreter der deutschen Industrie zu Ihnen, als Hauptgeschäftsführer der BDI, des Bundesverbands der Deutschen Industrie.
- Der Bundesverband der Deutschen Industrie vertritt mit 38 Mitgliedsverbänden gut 100.000 Unternehmen mit rund acht Millionen Beschäftigten in Deutschland.
Er deckt ein breites Spektrum ab –
von A wie Automobilindustrie bis Z wie Zuckerindustrie. Zu uns gehören darüber hinaus auch industrienaher Dienstleister wie z. B. Verband der Beratenden Ingenieure oder der TÜV.
- Ich habe mir allerdings für heute vorgenommen, den Schwerpunkt meiner Rede nicht nur auf die deutsche Industrie zu legen, sondern den Bogen weiter zu spannen.
- Denn nach wie vor beschäftigt uns alle die Frage, wie es in Europa weitergeht.
- Ich möchte deshalb mit Ihnen heute über das Thema
„Die Zukunft der Industrie in Europa“ sprechen.

Dazu möchte ich drei Fragen stellen:

1. **Wo stehen wir?**
2. **Wo wollen wir hin?**
3. **Was ist zu tun?**

Wo stehen wir heute?

- Die deutsche Industrie war, ist und bleibt europäisch orientiert. Wir wollen die Europäische Union und wir wollen die europäische Währungsgemeinschaft. Für uns sind Europäischer Binnenmarkt und Euro gleichzusetzen mit Heimatmarkt und Heimatwährung.
- Und wir sind überzeugt, dass Industrie mit Zukunft und Zukunft der Industrie – beides nur in einem zukunftsfähigem, in einem starken Europa gehen wird.
- Davon aber – von einem starken und leistungsfähigen Europa – sind wir noch ein Stück entfernt, auch wenn sich die Lage in den letzten Monaten etwas beruhigt hat:
 - So hat sich die Situation an Finanzmärkten stabilisiert.
 - Das Marktvertrauen kehrt allmählich zurück – die Risikoaufschläge für Krisenländer sind gesunken;
 - Die Wirtschaftsreformen in den Krisenländern zeigen erste Erfolge;
 - Die Sanierung der Staatsfinanzen und der Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte kommen schrittweise voran.
- Dennoch lautete die Überschrift im Leitartikel des Handelsblattes vom 28. Januar 2013: „Aufwachen, Europa!“
- Diese Überschrift beschreibt unsere aktuelle Lage sehr gut – wir dürfen uns nämlich nicht in Sicherheit wiegen. Die Krise und ihre wahren Ursachen sind keinesfalls endgültig gemeistert. Ich komme hierauf später zurück.
- Eine zentrale Erkenntnis aus der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 ist aber meines Erachtens zweifelsfrei: Länder mit starker industrieller Basis sind schneller aus Krise gekommen als andere.
- Deutschland ist heute erfolgreich, weil wir an Industrie festgehalten haben. Wie Österreich übrigens. Die Industrie bildet die wirtschaftliche Grundlage für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung – nicht nur in Deutschland und Österreich, sondern auch in Europa.
- Weltweit beobachten wir eine Renaissance der Industrie – auch in Amerika steht das Thema Reindustrialisierung unter der Ägide von Präsident Obama ganz oben auf der politischen Agenda. Insbesondere auch mit Blick auf

Energiepolitik. Mit sinkenden Energiepreisen gewinnt der Standort USA auch für europäische Unternehmen an Attraktivität.

Seite
4 von 15

- Vor diesem Hintergrund ist deswegen die Strategie der „Re-Industrialisierung“ in EU, wie von den Kommissaren Oettinger und Tajani angeregt, ein richtiger und notwendiger Weg.
- Aber wo genau stehen wir in Europa beim Thema Industrialisierung momentan?
- Die Industrie in Europa zeichnet
 - für fast 16 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts verantwortlich
 - und annähernd 80 Prozent der Exporte.
 - Und sie ist auch der Treiber für den technischen Fortschritt. Etwa 80 Prozent der privaten FuE-Investitionen in Europa kommen aus der Industrie.
- Die Bedeutung der Industrie stellt sich in einzelnen Mitgliedsländern allerdings sehr unterschiedlich dar. Und genau hier beginnen die eigentlichen Probleme.
- Laut Eurostat lag der Industrieanteil (nur Verarbeitendes Gewerbe) an Bruttowertschöpfung in Deutschland 2011 bei fast 23 Prozent, in Österreich noch bei 19 Prozent.
- In vielen europäischen Ländern zeigt sich aber ein deutlich anderes Bild. Der Industrieanteil in Frankreich lag 2011 nur noch bei 10 Prozent, in Großbritannien bei 11 Prozent, in Spanien bei fast 14 und in Italien zwar immerhin noch bei 16 Prozent, allerdings mit einer auffälligen Konzentration im Norden des Landes.
- Wenn wir mehr Wachstum in Europa wollen, und das sollten wir anstreben, um insbesondere die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, brauchen wir hier dringend eine Trendwende.
- Wir werden für diesen Weg jedoch viel Geduld und politische Beharrlichkeit benötigen. Denn es wird ein längerer Prozess werden. Verloren gegangene Strukturen lassen sich nicht von heute auf morgen wieder aufbauen. Und – ich hatte beim Verweis auf die schöne Donau ja bereits das Phänomen

unterschiedlicher Räume hingewiesen – es gibt außerdem historisch gewachsene Strukturen, die nicht so einfach zu kopieren sind.

- Lassen Sie mich nur ein Beispiel nennen: nämlich den hochflexiblen industriellen Mittelstand in Deutschland, Österreich und Norditalien. In Deutschland sind 98 Prozent aller Industrieunternehmen Mittelständler. Sie beschäftigen 52 Prozent aller Industriearbeitnehmer und stehen für 35 Prozent des Umsatzes der Industrie. Es sind häufig von Familienunternehmern geführte Unternehmen und sie bilden neben den großen Unternehmen die Basis für unseren Erfolg.
- Diese erfolgreiche Wirtschaftsstruktur, die auch Ausdruck einer wirtschaftshistorischen Traditionslinie seit Beginn der industriellen Revolution vor bald 200 Jahren in diesen Ländern, Volkswirtschaften und Regionen ist, war und ist nicht gleichmäßig über Europa und vor allem nicht über die Eurozone verteilt. Die Eurozone war und ist eine divergente Währungszone. Und sie ist gerade auch in Bezug auf die industrielle Struktur und deren Wettbewerbsfähigkeit eine imperfekte Währungszone.
- Wir haben vor über zehn Jahren, als wir den Euro einführten, geglaubt, wir könnten diese Heterogenität in den Wirtschaftsstrukturen in eine Konvergenz überführen – nämlich durch einen vertraglichen Automatismus, durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt.
- Ein Irrtum, eine Illusion, Wunschdenken – wie wir heute wissen. Denn der Automatismus setzte nicht in gewünschtem Umfang ein und die Wirtschaftsstrukturen haben sich nie wirklich angepasst. Deutschland und mit ihm einige weitere Eurostaaten des „Nordens“ enteilt den Anderen mit ihren Privatsektoren. Zugleich sabotierten die Regierungen in Berlin und Paris den Stabilitätspakt in fahrlässiger Art und Weise. Griechenland gab sich einem Liquiditätsrausch hin, Spanien nutzte die neue Liquidität für einen nicht nachhaltigen Immobilienboom und Frankreich änderte an seiner Struktur nur wenig.
- Dies alles passt aber eben nicht zu den Erfolgsbedingungen einer imperfekten Währungsunion. Denn diese Währungsunion war in der ersten Dekade ihres Bestehens schlicht und einfach mit Aufgaben und Erwartungen überfrachtet.
- Erinnern wir uns doch nur kurz an die Zeit von Maastricht. Da war Deutschland, das neue wiedervereinigte Deutschland, überwältigt von seinem historischen Glück und seiner wiedererlangten politischen Bedeutung und Größe. Und da waren seine Nachbarn. Hier überwog sehr

oft – nicht in Wien wohlgerückt – ein Gefühl des Unbehagens. War man doch wieder vor die uralte Frage gestellt, wie sollte und wollte man mit dem eigentümlich zu groß geratenen Deutschland in der Mitte des Kontinents leben?

- Und so glaubte man schnell die Antwort gefunden zu haben: in Form einer Wirtschafts- und Währungsunion basierend auf einem zu erweiternden Binnenmarkt. Doch hinter der Fassade des Kompromisses steckten unterschiedliche politische Statiken. Deutschland erwartete für sich und seine industriell geprägte Exportvolkswirtschaft einen enorm vergrößerten, neuen, von Handelshemmnissen befreiten Markt für seine Güter und Dienstleistungen. So mancher Nachbar und Freund Deutschlands wiederum erhoffte sich das Verschwinden der „bête noir“ des europäischen Wirtschaftslebens, nämlich das Ende der deutschen geldpolitischen Dominanz, verkörpert durch die Sitzungen des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank.
- Wie so oft in der Geschichte sollte jeder bekommen, was er sich erwünscht hatte – und doch nicht recht glücklich werden.
- Nach der Einführung des Euro verlor Deutschland – ganz im eigentlich merkwürdig apolitischen Vertrauen auf den Automatismus des Stabilitätspaktes und in unerklärlicher Verkennung seines systemischen Gewichts im Eurosystem mit seiner 2,5 Billionen Euro Volkswirtschaft in einem 9,5 Billionen Euro Wirtschaftsraum – Europa und den Euro vorübergehend aus dem Fokus. Denn es kümmerte sich zeitgleich um die Sanierung des eigenen Hauses (Stichwort Agenda 2010) und die Eroberung globaler Märkte mittels einer Strategie der industriellen Wettbewerbsfähigkeit.
- Währenddessen erfreute sich ein anderer großer Teil der Eurozone einer fast nie dagewesenen billigen Liquidität und verlor den Blick für globale Wettbewerbszusammenhänge und Kostenwettbewerbe völlig aus den Augen und das bei einer in vielen südlichen Mitgliedsstaaten der Eurozone latent niedrigen Exportgeneigtheit. Diese Divergenzen brachten dann in Folge der globalen Finanzkrise die aktuelle Eurokrise zum Entstehen!
- Die Regierungen der Eurozone und der EU haben darauf aber in bemerkenswert mutiger Art und Weise reagiert. Sie haben eine neue Verfasstheit – eine neue Governance – der Eurozone geschaffen, die vielen in ihrer Tragweite noch gar nicht bewusst ist.
- War das europäische Projekt immer schon ein politisches Projekt „sui generis“, so ist vor unseren Augen in den vergangenen Jahren auf dem

Gebiet der Eurozone eine neue Staatlichkeit entstanden und noch im Entstehen, deren Eckpfeiler eine de facto Wirtschaftsregierung (Euro-Gruppe), eine einflussreiche Restrukturierungsinstitution (ESM), ein umfassendes haushalterisches Regelwerk (Fiscal Compact), eine gemeinsame Notenbank (ESM) und demnächst eine gemeinsame Bankenaufsicht sind. In ihrer Entstehung folgten sie keinem genialischen Bauplan, sondern der schieren Notwendigkeit des Sachzwangs. Wie so oft in der Politik.

- Ich erwähne all diese Vorgänge, weil sie einen fundamentalen Einfluss auf die Wirtschaftsstrukturen der Eurozone und Europas und eben dabei auch auf die Industrie haben werden.
- Und mich somit zu meiner zweiten Fragen bringen:

Wo wollen wir hin?

- Wenn wir anerkennen, dass es sich in der Globalisierung mit einem eher hohen und wettbewerbsfähigen Industriewertschöpfungsanteil auskömmlicher leben lässt, dann muss die Eurozone „industrieller“ werden und dann hat sehr wahrscheinlich der „deutsche“ Teil der Eurozone eine Vorbild- und Leitfunktion beim Umbau der Strukturen.
- Die europäischen Institutionen scheinen dies langsam auch zu erkennen.
- In der Mitteilung zur EU-Industriepolitik vom Herbst 2010 hat sich die EU-Kommission eine Stärkung der industriellen Basis in Europa auf die Fahnen geschrieben, was im Grundsatz zu begrüßen ist.
- Auch die jüngste Mitteilung der Kommission vom Oktober 2012 mit dem Titel „Eine stärkere europäische Industrie für Wachstum und wirtschaftliche Erholung“ geht in die richtige Richtung.
- Deutlich wie selten fordert die Kommission darin eine „dritte industrielle Revolution“. Der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt der EU soll deutlich steigen. Das Ziel lautet: 20 Prozent bis 2020. Heute liegen wir in der EU, wie schon erwähnt, bei rund 16 Prozent – es ist also ein ehrgeiziges Ziel!
- Es scheint richtig zu sein, die 20-Prozent-Klimaziele durch ein 20-Prozent-Ziel für die Industrie zu ergänzen.

- Die Frage ist aber, wie sich ein solches 20-Prozent-Ziel für die Industrie erreichen lässt. Klar muss dabei sein: es geht nicht durch interventionistische und selektive Industriepolitik des Staates.
- Letztere ist langfristig kein Erfolg versprechender Weg wie das Beispiel Frankreichs zeigt. Dort hat die Industrie massiv Probleme, sich auf Weltmärkten zu behaupten – trotz Subventionierung nationaler Champions.
- Nachhaltiges Wirtschaftswachstum entsteht in marktwirtschaftlichen Ökonomien in der privaten Wirtschaft, in privaten Unternehmen – nicht beim Staat. Unternehmen brauchen daher ausreichend Spielraum für Innovationen und Investitionen. Nur dann kann der Prozess der schöpferischen Zerstörung im Schumpeter'schen Sinne wirksam werden.
- Beste Voraussetzungen bietet dafür der Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft. Der BDI setzt sich dafür ein, das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft auch auf europäischer Ebene zu verankern.
- In diesem Sinne muss die EU-Kommission handeln. Wir brauchen eine kohärente Gesamtstrategie mit einem klaren Bekenntnis zur Industrie und konsequenten Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.
- Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit muss zum Leitprinzip aller Gesetzesvorschläge der Kommission werden. Doch wie wir alle wissen sieht die Praxis oft anders aus, insbesondere auf Politikfeldern wie Energie- und Klimapolitik.
- Beispiele sind die Kommissionsinitiativen
 - zur temporären Herausnahme von Treibhausgaszertifikaten,
 - zur Einführung einer Frauenquote,
 - zu CO₂-Grenzwerten für Pkw's oder zu EU-Sammelklagen.
- Statt dessen brauchen wir dringend einen effektiven Wettbewerbscheck. Alle Generaldirektionen der Kommission sollten neue Gesetzesinitiativen konsequent auf ihre Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie prüfen. Alle Maßnahmen, die der Wettbewerbsfähigkeit schaden, müssen umgehend zurückgenommen werden.
- Andernfalls sind auf Dauer Industrie, Wohlstand und Arbeitsplätze massiv bedroht. Dann werden wir geschlossene Wertschöpfungsketten, über die wir in Deutschland, aber auch in Europa verfügen, nicht halten können.

- Wir brauchen diese Produktions- und Innovationsnetzwerke aber für die Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.
- Neue Technologien, neue Dienstleistungen, neuartige Möglichkeiten der Vernetzung und der Logistik – das werden unsere Unternehmen in Zukunft entwickeln müssen. Die Weltwirtschaft rückt immer näher zusammen. Alte Strukturen weichen einer neuen, komplexeren und dabei viel flexibleren Dynamik. Branchengrenzen verschwimmen, Geschäftsmodelle verändern sich radikal – die Industrie im Jahr 2050 wird gänzlich anders sein als heute.
- Diese Entwicklung betrifft die gesamte Industrie. Industrie lässt sich nicht aufspalten in „alt“ und „neu“, „in „grau“ und „grün“. Tatsache ist: Ohne Kupfer und Stahl keine Windräder, ohne Chemieindustrie keine Computerchips, ohne seltene Metalle keine leistungsstarken Solarzellen. Oder etwas einfacher gesprochen: Ohne schwarze Zahlen gibt es keine grüne Politik.
- Und ohne eine sichere Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen funktioniert Industrie sowieso nicht mehr.
- Das Thema der Energieversorgung ist angesichts der in Deutschland einseitig ausgerufenen Energiewende das Mega-Thema für die deutsche Industrie. Und es tangiert auch unsere europäischen Nachbarn und Freunde wie Österreich. Eine saubere, sichere und bezahlbare Energieversorgung braucht unseres Erachtens daher zwingend eine europäische Lösung.

Damit bin ich auch schon bei der dritten Frage: **Was ist zu tun?**

- Wenn wir die Industrie in Europa stärken wollen, weil wir der Meinung sind, dass nur so eine dringend notwendige Konvergenz der Eurozone hergestellt werden kann, dann muss Europa sich stärker Weltmärkten und Globalisierung zuwenden. Alle dynamischen Wachstumsmärkte liegen außerhalb Europas.
- Deutschland und seine Industrie haben von globalen Megatrends wie der Urbanisierung, dem Klimawandel, der Ressourcenknappheit, die allesamt den weltwirtschaftlichen Strukturwandel antreiben, überdurchschnittlich profitiert. Die deutsche Industrie bietet Produkte an, die die aufstrebenden Schwellenländer brauchen. Deutschland ist so zum Globalisierungsgewinner geworden. In einer bemerkenswerten Studie hat die Deutsche Bundesbank bereits 2006 konstatiert, dass kaum ein anderes

entwickeltes Industrieland ähnlich hohe reale und finanzielle Offenheitsgrade aufweist wie Deutschland.

- Aus diesem Faktum erwächst Deutschland und seiner Industrie eine Vorbildrolle im Sinne eines Ermutigers und Gestalters, nicht im Sinne eines Oberlehrers oder Kritikers.
- Das Beispiel unserer Industrie belegt, dass nicht Abschottung, sondern das Sich-Stellen im internationalen Wettbewerb Wohlstand und Arbeitsplätze in Europa sichert.
- Genau dies muss auch das Ziel der wettbewerbsschwachen Eurozonenmitglieder sein. Nicht nur die industrielle Basis dieser Länder muss sich weiterentwickeln – auch der Offenheits- und Globalisierungsgrad der dortigen Volkswirtschaften muss deutlich steigen. Daher müssen Rigiditäten, wie sie in den klientelistischen und paternalistischen Strukturen mancher Mitgliedsstaaten existieren, überwunden werden.
- Europa ist immer noch zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Und das gilt selbst für Deutschland. Rund 70 Prozent der deutschen Exporte gehen nach Europa, über 60 Prozent in EU, knapp 40 Prozent in Euroraum.
- Einen nachhaltig höheren Wachstumspfad in Europa erreichen wir aber nur, wenn wir die Europazentrierung überwinden. Und Wachstum ist notwendig, um Probleme der Eurozone in Griff zu bekommen. Dazu müssen wir ein Eurozonengeschäftsmodell entwickeln, das die wirtschaftlichen Potenziale in einer Art und Weise verknüpft, dass die Ungleichgewichte im Innern der Eurozone einem dauerhaften Leistungsbilanzüberschuss der Eurozone gegenüber dem Rest der Welt weichen.
- Das bedeutet auf der staatlichen Seite, bei Konsolidierungsanstrengungen nicht nachzulassen. Schuldenfinanzierte Programme bringen kein dauerhaftes Wachstum.
- Die Fortsetzung der Konsolidierungsanstrengungen in Europa ist ohne Alternative. Denn der Abbau von Schulden, nicht nur die Rückführung der Neuverschuldung, steht in meisten Ländern ja noch aus.
- Nachholbedarf besteht hierzu auch in Deutschland!
Die Daten sehen zwar gut aus: 2012 weist Deutschland sogar einen staatlichen Finanzierungsüberschuss von 0,1 Prozent des BIP aus – aber die Schuldenstandsquote ist mit 81,7 Prozent immer noch zu hoch.

- Sprudelnde Steuereinnahmen wurden nicht ausreichend für Konsolidierung verwendet. Stattdessen reden wir über die Einführung neuer Sozialleistungen wie Betreuungsgeld und Lebensleistungs- oder Mütterrenten. Aber der Wahlkampf wirft eben seine Schatten voraus.
- Meine Damen und Herren, die Politik muss das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit und Wandlungsbereitschaft der Eurozone und ihrer Mitglieder zurückgewinnen. Deutschland sollte hier – mit Fingerspitzengefühl – weiterhin eine Gestaltungsrolle bei der Vertiefung politischer Integration übernehmen.
- Die Vertiefung der Zusammenarbeit in der EU und die intensivere Veränderung im Wesen der Eurozone machen substanzielle Änderungen des europäischen Vertragswerks wahrscheinlich notwendig.
- Bis zu diesen Änderungen muss das bisher Erreichte gesichert und fortentwickelt werden. Insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dies gilt vor allem für den europäischen Fiskalpakt, der sich jetzt in der Praxis bewähren muss.
- Der Anspruch in Europa sollte sein: Entscheidungen über Vergemeinschaftung von Risiken werden von gewählten Parlamenten und nicht von politisch unabhängigen Zentralbanken getroffen.
- Wir sind im BDI daher der Meinung, dass der ESM zu einem Europäischen Fiskalfonds (EFF) mit erweiterter Zuständigkeit weiterentwickelt werden und gleichsam das politisch legitimierte und kontrollierte fiskalpolitische Pendant zur geldpolitisch verantwortlichen EZB sein sollte. Die wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer vertieften Union.
- Darüber hinaus muss Europa aber auch als Investitionsstandort für privates Kapital attraktiver werden. Nur privates Kapital erschließt neue Märkte, erweitert Produktionsmöglichkeiten, schleust neues technisches Wissen in Herstellungsprozesse und bringt Menschen in Beschäftigung.
- Hierzu sind zum Glück genug Ansatzpunkte auf EU-Ebene bereits vorhanden, auf die ich kurz noch eingehen möchte. Beispiel Infrastrukturausbau. „Connecting Europe“ und „Trans European Networks“ sind Konzepte, die im Rahmen der europäischen Wachstumsinitiative forciert angegangen werden können.
- Der Investitionsbedarf bei europäischen Energienetzen in den nächsten zehn Jahren liegt bei rund 200 Mrd. Euro. Ein ähnlich großer Investitionsbedarf liegt auch in der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur vor.

- Dafür werden Finanzmittel und Finanzierungsinstrumente notwendig sein. Dabei gilt: Vorrang für privates Kapital! Projektbonds der Europäischen Investitionsbank (EIB), mit denen privates Kapital eingesammelt wird, können freilich ein geeignetes Finanzierungsinstrument sein.
- Gleiches gilt auch für Europäische Strukturfonds. Diese sollten noch stärker als bisher auf die Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in Krisenländern fokussiert werden können. Hier sollten wir die Wirtschaftlichkeit der Projekte sicherstellen und ein Mindestmaß an Kofinanzierung durch Empfängerländer erhalten.
- Wir brauchen für das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion institutionelle Maßnahmen, die wirkliche Strukturreformen sicherstellen. Sämtliche Reformempfehlungen der EU-Kommission müssen vor Ort umgesetzt werden und sollten Gegenstand vollziehbarer vertraglicher Vereinbarungen zwischen Mitgliedsstaaten und Kommission werden.
- Man sieht an den genannten Feldern auch, wie wichtig es sein wird, dass der private Bankensektor sich endlich wieder auf seine originäre Transformationsfunktion von Ersparnissen in Investitionen besinnt, statt nur komplexe Handelsstrategien und undurchsichtige Bonussysteme ohne jeglichen realwirtschaftlichen Bezug zu konzipieren.

Lassen Sie mich ganz am Schluss noch einige weitere wichtige industrierelevante Handlungsfelder für mehr Wachstum auf EU-Ebene nennen:

1. Forschung und Innovation als Wachstumstreiber

- Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind für die Innovationskraft der Industrie entscheidend. Das ist beim mehrjährigen Finanzrahmen der EU immer noch nicht genügend berücksichtigt worden.
- „Horizon 2020“ kann einen Beitrag zu wettbewerbsfähigem Europa leisten. Je höher die Investitionen in F&E, umso größer ist Chance auf hohes Wirtschaftswachstum und Sicherung von Arbeitsplätzen. Und dies ist auch eine Form der Kohäsion.
- Das funktioniert aber nur, wenn innovative Produkte auch in Europa hergestellt werden und der Anteil an Wertschöpfung erhöht werden kann.

- Der Erfolg von „Horizon 2020“ hängt von der Beteiligung der europäischen Industrie ab. Daher ist der seit Jahren sinkende Anteil der Wirtschaft an EU-Forschungsfördermitteln alarmierend. Mitte der 1990er Jahre entfielen noch fast 40 Prozent auf Unternehmen, im aktuellen siebten Rahmenprogramm weniger als 25 Prozent.
- Dieser Trend muss umgekehrt werden und wir brauchen dazu u. a. ein beschleunigtes Antragsverfahren und weniger Bürokratie.

2. **Mobilität als europäisches Wachstumsfeld**

- Moderne Verkehrsinfrastruktur verbindet Wirtschaftszentren und Märkte seit jeher und ist auch weiterhin Voraussetzung für einen dynamischen europäischen Wirtschaftsraum.
- Effiziente Verkehrsströme, intelligente Logistik und nachhaltige Mobilität sind die entscheidenden Standortfaktoren im globalen Wettbewerb. Die EU-Kommission prognostiziert allein bis 2050 einen Anstieg des Güterverkehrs um 80 Prozent. Schon heute beschäftigt der Verkehrssektor rund zehn Millionen Menschen und steht für fünf Prozent des BIP der EU.
- Der BDI plädiert deshalb für einen Aufbau eines funktionierenden transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) und liberalisierte Märkte.
- Aber auch ein einheitlicher europäischer Luftraum bringt Effizienzgewinne und könnte die Emissionen im Luftverkehr in Europa um bis zu 12 Prozent reduzieren. Der derzeitige Flickenteppich aus rund 50 zivilen und militärischen Flugsicherungen ist nicht hinnehmbar.
- In den europäischen Häfen bestehen weiterhin bürokratische Hürden bei Zollabwicklung. Schiffe müssen teilweise enorme Umwege fahren – wegen unzureichender Hinterlandanbindungen.
- Viele nationale Schienenmärkte bleiben gegen Wettbewerb abgeschottet. Es gibt in der EU immer noch 20 verschiedene Zugleitsysteme. Schienenfahrzeuge müssen in jedem Mitgliedsland einzeln zugelassen werden. Man glaubt es kaum, aber das gilt auch für Züge der österreichischen ÖBB.
Sie müssen erst für den rein innerdeutschen Verkehr umgebaut werden! Ein Witz, der leider kein Lachen auslöst.

3. Leider gilt das Gesagte auch für die **europäische Energiepolitik**.

Seite
14 von 15

- Die Sicherstellung verlässlicher Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen ist unabdingbare Voraussetzung, um Europa als Industriestandort zu erhalten. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der Schiefergas- und Schieferölrevolution, die sich weltweit vor unseren Augen vollzieht
- Die von der EU beschlossene Transformation zu einer kohlenstoffarmen Energieversorgung muss so gestaltet werden, dass es eine stabile und preiswerte Bereitstellung von Grundlastenergie gibt.
- Es ist augenscheinlich, wie sehr die EU-Vorgaben zu Energie- und Klimazielen weitgehend unabgestimmt nebeneinander stehen, egal ob es sich um Energieeffizienz, erneuerbare Energien oder Treibhausgasreduktionen handelt. Dazu kommen noch Vorgaben auf nationaler und regionaler Ebene. Und es kommen pure Dummheiten dazu, wie beispielsweise das Fördern von Solarenergie in Regionen Europas, in denen kein Zitrusbaum wachsen kann. Sie wissen, von welchem Land ich spreche.
- Für alle Unternehmen Europas bedeutet dies erhebliche Ineffizienzen, Intransparenz und Mehrfachbelastungen.
- Ich denke, hier ist ein Umdenken notwendig. Klima- und energiepolitische Vorgaben können langfristig doch nur Wirkung entfalten, wenn sie ökonomische und ökologische Aspekte verbinden, Anreize für kosteneffiziente Lösungen setzen und besonders preissensible Sektoren nicht überstrapazieren.
- Dazu benötigen wir aber die Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes. Dafür ist die Überwindung von Engpässen und physischen Barrieren an nationalen Grenzen durch Auf- und Ausbau von transeuropäischen Strom- und Gasleitungen notwendig.
- Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss mittelfristig europäisiert und an naturwissenschaftlich-geografische Gegebenheiten angepasst werden, mittels eines EU-weit koordinierten Marktdesign. Regenerative und fossile Energieträger müssen so in den Markt integriert werden, dass ein hoher Grad an Netzstabilität und Versorgungssicherheit auch langfristig und kostengünstig garantiert werden kann.

- Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass ein umfangreicher Aufgabenkatalog für Europa und seine Industrie vorliegt. Wir werden alle diese Aufgaben abarbeiten müssen, wenn wir zwischen den beiden dynamischen Wirtschaftsböcken Asien und Amerika weiter eine bedeutende Rolle in Weltwirtschaft und Weltpolitik spielen wollen.
- Meine Damen und Herren, der Vorzug historischer Gebäude liegt ja unter anderem in der Weisheit und Erfahrung ihrer Erbauer. Und so darf ich hier in der ehrwürdigen Hofburg zu Wien schließen mit einer Erinnerung, die zugleich Ermutigung sein soll.
- Vor einem knappen dreiviertel Jahr hatte ich die Ehre, auf Einladung Emma Bonninis einen ähnlichen Vortrag in Rom halten zu dürfen und zwar im Palazzo Giustiniani, einem Renaissancepalast, der zum Gebäudekomplex des Senats der italienischen Republik gehört. Das dortige Deckengemälde zeigt das Leben König Salomons und die vier Ecken zieren Fresken, die die salomonischen Tugenden abbilden: Religione, Vigilanza, Eloquenza und eben die Industria. Wenn wir uns diese Tugenden wieder zu Eigen machen, dann werden wir auch die vor uns liegenden Herausforderungen meistern.
- Vielen Dank.